

Sitzung des Gemeinderates

TOP 1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 26. September 2011 wurden folgende Beschlüsse gefasst, die gemäß § 35, Absatz 1, der Gemeindeordnung hiermit bekannt gegeben werden:

- Zwei Stundungsanträgen wurde stattgegeben
- Für die Ausübung einer höherwertigen Aufgabe wurde einer Rathausbediensteten eine befristete Zulage gewährt

TOP 2: Volksabstimmung am 27.11.2011 / Abstimmungshelferentschädigung

Bürgermeister Jürgen Kappenstein macht deutlich, dass der Aufwand für die Durchführung der Volksabstimmung ebenso hoch sei wie für eine Landtagswahl und dass ungefähr 100 ehrenamtliche Abstimmungshelferinnen und -helfer benötigt werden. Die Landeswahlordnung sehe hierfür eine Entschädigung pro Helfer in Höhe von pauschal 21 Euro vor. Wie bei anderen Wahlen werde jedoch vorgeschlagen, die allgemeine Entschädigungssatzung zugrunde zu legen, die eine höhere Entschädigung vorsieht.

Gemeinderat Thomas Franz (CDU) merkt an, dass es Sinn mache, die Volksabstimmung gleichberechtigt wie eine Landtagswahl zu behandeln, da der Aufwand derselbe sei. Daher sollten auch die Ketscher Bürgerinnen und Bürger, die sich hier engagieren, für ihren Einsatz entsprechend entschädigt werden.

Auch die Gemeinderäte Konrad Kemptner (SPD), Frank Müller (FWV) und Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) befürworten es, die allgemeine Entschädigungssatzung zugrunde zu legen.

Einstimmig fasst der Gemeinderat folgenden Beschluss: Die Entschädigung der Abstimmungshelfer/innen bei der Volksabstimmung über das Gesetzesvorhaben eines S21-Kündigungsgesetzes am 27. November 2011 erfolgt entsprechend der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Die Entschädigung pro Abstimmungshelfer/in beträgt bei zeitlicher Inanspruchnahme von mehr als 6 Stunden (Tageshöchstsatz) 52 Euro.

TOP 3: Zuschussantrag des DRK Ketsch zur Beschaffung eines neuen Einsatzfahrzeuges

Bürgermeister Jürgen Kappenstein erläutert, dass der DRK-Ortsverein Ketsch mit Schreiben vom 26. August 2011 einen Antrag auf einen Investitionszuschuss zur Anschaffung eines Mannschafts- und Materialtransportwagens im Jahr 2012 gestellt habe. Das neue Fahrzeug soll ein bisheriges Einsatzfahrzeug ersetzen, das reparaturbedürftig wurde und in die Jahre gekommen war. Aus Gründen der Kostenoptimierung wolle der Ortsverein künftig nicht mehr 3, sondern nur noch 2 Fahrzeuge bereithalten. Der Ortsverein habe insgesamt 3 Angebote vergleichbarer Fahrzeuge vorgelegt, das günstigste sei das Angebot der Firma Auto-Krasser aus Germersheim für einen Renault Traffic Pkw Kombi mit 23.137,87 Euro gewesen. Hinzu komme die Sondersignalanlage gemäß des Angebots der Firma Courtin in Höhe von 3.334,68 Euro.

Gemeinderat Michael Seitz (CDU) hebt hervor, dass der Erhalt von Mobilität für den DRK-Ortsverein von dringlicher Wichtigkeit sei, um seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Durch die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges könne dieses Ziel, unter Einsparung eines dritten Fahrzeuges, günstig erreicht werden. Ein einsatzfähiges Rotes Kreuz liege sicherlich im Interesse der Gemeinde.

Gemeinderat Hans-Peter Rist (SPD) dankt allen DRK-Mitgliedern für deren engagierten Einsatz zum Wohle der Bürger. Der DRK-Ortsverein wolle seine Kosten optimieren und in Zukunft nur noch zwei Fahrzeuge in seinem Fuhrpark einsetzen. Diese Maßnahme sei zu unterstützen, wobei gewährleistet

sein muss, dass die Leistungen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Da die Verantwortlichen stets gewissenhaft seien, könne man davon ausgehen, dass die volle Einsatzbereitschaft gewährleistet ist.

Gemeinderätin Susanne Scheer-Müller (FWV) erinnert daran, dass der DRK-Ortsverein, gemäß den Vereinsförderrichtlinien, das Anrecht auf einen Zuschuss von 20 Prozent der Anschaffungskosten habe. Die Arbeit des DRK-Ortsvereins sei ein wichtiger Bestandteil der Gemeinde und sollte mit allen möglichen Mitteln unterstützt werden. Auch Gemeinderätin Scheer-Müller spricht dem DRK-Ortsverein Dank und Anerkennung aus.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) erkundigt sich danach, ob die Verwaltung das alte Fahrzeug überprüft habe. Bürgermeister Kappenstein lässt keinen Zweifel daran, dass sich das alte Fahrzeug in einem schlechten Zustand befindet und nicht mehr für den Dienst einsetzbar ist.

Gemeinderat Völker macht darauf aufmerksam, dass die Notversorgung in Ketsch nicht immer gut sei. Bei einem Schlaganfall habe es 45 Minuten gedauert, bis der Notarzt kam. Erst vor kurzem habe es einen Fall gegeben, bei dem nach dem Notruf 30 Minuten vergingen bis der Krankenwagen in Ketsch war. Bürgermeister Jürgen Kappenstein betont, dass der DRK-Ortsverein nicht für solche Einsätze zuständig sei, sondern andere Aufgaben wahrnehme, beispielsweise bei Sportveranstaltungen oder zur Unterstützung der Feuerwehr. Bürgermeister Kappenstein versichert, bezüglich der Notversorgung in Ketsch nachzufragen, wobei zu vermuten sei, dass es sich bei den geschilderten Situationen um Einzelfälle handelte.

Einstimmig fasst der Gemeinderat folgenden Beschluss: Dem Deutschen Roten Kreuz, Ortsverein Ketsch, wird zur Anschaffung eines neuen Mannschafts- und Materialtransporters im Wert von 26.935,31 Euro gem. Ziffer IV.4 der Vereinsförderungsrichtlinien der Gemeinde Ketsch ein Zuschuss in Höhe von 20 Prozent der Anschaffungskosten, maximal jedoch 5.387 Euro gewährt. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Vorlage der Originalrechnung frühestens im Haushaltsjahr 2012.

TOP 4: Neuvergabe des Linienbündels Schwetzingen-Hockenheim im ÖPNV

Die Verträge mit den Buslinienbetreibern im Rhein-Neckar-Kreis laufen zum Ende des Jahres 2011 aus. Der Verkehrsverbund hat daher, im Auftrag des Kreises, das Linienbündel, an dem auch die Gemeinde Ketsch beteiligt ist, neu ausgeschrieben. Das ursprüngliche Ausschreibungsergebnis war derart belastend gewesen, dass eine zweite Vergaberunde mit einer neuen Ausschreibung durchgeführt werden musste. Hierbei wurde das Linienbündel Schwetzingen-Hockenheim nochmals in 3 Lose unterteilt. An den Losen 2 und 3 sind die beiden Ketscher Linien 710 und 717 beteiligt, so dass sich die Kosten für Ketsch aus zwei Losausreibungen zusammensetzen. Durch die wiederholte Ausschreibung sind Verzögerungen eingetreten, daher entsteht eine Staffelung für die von der Gemeinde zu tragenden Kosten. 2012, im ersten Jahr der Neuvergabe, werden im ersten Halbjahr die Linien noch durch den bisherigen Buslinienbetreiber gefahren, deshalb ist der Preis höher als bei den Folgejahren. Ab 2016 reduzieren sich die Kosten weiter, da die Buslinie 711 eingestellt wird. Diese Buslinie verläuft zwar nicht durch Ketsch, ist aber ein Teil des Linienbündels.

Bezüglich der zusätzlich ausgeschriebenen, aber nicht beauftragten Optionen wird erläutert, dass es sich hierbei um periphere Verbesserungen handelte, beispielsweise ein längerer Halt am Mannheimer Hauptbahnhof und eine Ausdehnung von Sonntag bis Donnerstag in die Abendstunden hinein, mit einer letzten Abfahrt von Mannheim um 23.30 Uhr. Im Hinblick auf die bereits anfallenden Kosten sei dies ein Luxus, der zu weit führen würde. Bürgermeister Kappenstein unterstreicht, dass die Optionen von drei Gemeinden abhängig gemacht wurden und dass keine der Gemeinden diese Optionen ziehen wollte.

Es wird hervorgehoben, dass der Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr nicht nur eine Aufgabe der Gemeinde sei, sondern für die Kommune einen Standortfaktor von besonderer Bedeutung darstelle, sei es im Schul- oder im Berufsverkehr. Die Gemeinde Ketsch sei in der glücklichen Lage, an 2 Buslinien angeschlossen zu sein. Dies sei ein Komfort, den es jedoch nicht zum Nulltarif gebe.

Die Zahlen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Buslinien - in Konkurrenz mit schienengebundenem Nahverkehr - ihre Defizite haben, unter anderem aufgrund der langen Fahrzeiten, weshalb die Gemeinden nun mehr zur Kasse gebeten werden müssen.

Bürgermeister Kappenstein weist darauf hin, dass das Ausschreibungsergebnis durch Vertreter des VRN und des Landratsamtes in der Klausurtagung des Gemeinderates vorgetragen und näher erläutert worden sei.

Gemeinderat Thomas Franz (CDU) merkt an, dass es positiv sei, dass Ketsch an zwei Buslinien liegt. Deshalb habe Ketsch höhere Kosten zu tragen als andere Gemeinden, die nur an einer Buslinie angeschlossen sind. Dennoch gelte es, diese Anbindungen in Ketsch aufrechtzuerhalten. Gemeinderat Franz kommt auf den Betrag von 2012 zu sprechen und möchte wissen, wie sich die Kosten zusammensetzen. Bürgermeister Kappenstein erklärt, dass man das Linienbündel hätte rechtzeitig vergeben können, wenn die erste Ausschreibung gezogen hätte. Dann hätte man zum 1.1.2012 starten können. Da man aber erneut ausschreiben musste, komme es im ersten halben Jahr zu Kostenüberschneidungen: Der Verkehr könne ab 1.1.2012 nicht eingestellt werden, nur weil die Verträge noch nicht geschlossen sind, deshalb müsse der bisherige Unternehmer weiterbezahlt werden.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) sagt, dass er über die enorme Kostensteigerung im ÖPNV überrascht gewesen sei. Durch die Erläuterung der Fahrgastzahlen bei der Klausurtagung sei deutlich geworden, dass verstärkt S-Bahn-Nutzungen in Anspruch genommen werden und dass hier das Steigerungspotenzial wesentlich höher sei als bei den Buslinien, die eigentlich voll ausgelastet sind. Feststehe, dass Busfahren teurer wird. Um in Ketsch weiterhin einen sinnvollen öffentlichen Personennahverkehr anbieten zu können, bleibe nichts anderes übrig als das Angebot anzunehmen.

Auch Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) sieht keine Alternative. Wenn Ketsch weiterhin an den ÖPNV angebunden sein soll, sei eine Zustimmung zur Neuvergabe des Linienbündels unumgänglich. Sinkende Auslastungszahlen und die neue Einnahmeaufteilung bringen für Ketsch zukünftig einen erheblichen Kostenaufwand.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) macht deutlich, dass man nun bis zum Jahr 2019 Zeit habe, sich zu überlegen wie es weitergeht. Bis dahin werde sich zeigen, ob die komfortable Anbindung an zwei Buslinien noch Bestand hat oder ob die S-Bahn-Nutzung so attraktiv geworden ist, dass man auf eine Buslinie verzichten könnte. Es gelte abzuwarten, da dies nur im Verbund mit den anderen Gemeinden geregelt werden könne.

Bei einer Enthaltung ergeht folgender mehrheitlicher Beschluss: Der Neuvergabe des Linienbündels Schwetzingen–Hockenheim durch den Rhein-Neckar-Kreis auf der Grundlage der Ausschreibung mit Bietefrist bis zum 15. August 2011 (2. Vergaberunde) wird zugestimmt. Die der Gemeinde zufallenden Kosten belaufen sich für das Jahr 2012 auf rund 185.000 Euro, für die Jahre 2013 bis 2015 auf jeweils 155.983,54 Euro und für die Jahre 2016 bis 2019 auf jeweils 103.401,80 Euro. Die in der Ausschreibung zusätzlich ausgeschriebenen Optionen werden nicht beauftragt.

TOP 5: Dachsanierung Evangelischer Kindergarten Hildastraße / Auftragsvergabe Planung und Bauleitung

Seitens der Gemeindeverwaltung wird berichtet, dass sich in den Dachzwischenräumen des evangelischen Kindergartens eine Marderfamilie eingenistet habe. Durch erhebliche Verunreinigungen und Geruchsbelästigungen in den Gruppenräumen sei man darauf aufmerksam geworden. Nähere Untersuchungen haben ergeben, dass der gesamte Bereich der abgehängten Decken verunreinigt war und von den Mardern als „Verkehrswege“ genutzt wurde. Die Dachisolierung war derart in Mitleidenschaft gezogen, dass eine Isolierungswirkung nicht mehr vorhanden war. Teilweise hatten die Tiere das Isoliermaterial zum Nestbau genutzt, in anderen Bereichen wurden Isoliermaterialien einfach vernichtet. Das gesamte Dach sei nun ein Totalschaden. Da die 30 Jahre alten Welleternitplatten der Dacheindeckung nicht mehr für den Wiedereinbau geeignet sind, müsse eine

Komplettsanierung erfolgen. Hierbei soll auch die Flachdachabdeckung erneuert werden. Mit dem Büro Straßburger sei das Projekt in guten Händen. Herr Straßburger sei schon in anderen Fällen auf Stundenbasis behilflich gewesen und habe dabei stets produktiv und zielorientiert mit der Verwaltung zusammengearbeitet.

Gemeinderätin Carmen Gaa (CDU) bedauert, dass es gerade jetzt, in Zeiten knapper Kassen, zu solchen unvorhergesehenen Ausgaben komme. Dennoch stehe es außer Frage, dass eine Dachsanierung vorgenommen werden müsse. Gemeinderätin Gaa regt an, aus dem Schaden zu lernen und künftig alle gemeindeeigenen Gebäude mit tiefer liegenden Dächern regelmäßig zu überprüfen, um rechtzeitig handeln zu können.

Gemeinderat Joachim Hartung (SPD) erklärt, dass er die Schäden vor Ort gesehen habe und über das Ausmaß schockiert gewesen sei. Für die „Erste-Hilfe-Leistung“ spricht Gemeinderat Hartung der Firma Scheer seinen Dank aus.

Gemeinderat Dieter Mummert (FWV) befürwortet ebenfalls eine grundlegende Sanierung. Dies sei zwar keine einfache und billige Arbeit, aber im Hinblick darauf, dass ein Großteil der Dachfläche zerstört ist, wäre es unakzeptabel, das Flachdach nicht gleich mitzusanieren.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) merkt an, dass es gut gewesen wäre, wenn bereits eine Kostenschätzung zur Verfügung gestanden hätte. Dann hätte man eventuell die Möglichkeit gehabt, mit dem Büro Straßburger ein Erfolgshonorar aushandeln können.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, den Auftrag für die Sanierung des Daches des Kindergartens in der Hildastraße an das Architekturbüro Straßburger ABS aus Ketsch zu erteilen. Die Beauftragung erfolgt auf der Grundlage der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI).

TOP 6: Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“, Inneneinrichtung / Auftragsvergabe

Bürgermeister Jürgen Kappenstein informiert darüber, dass es eine beschränkte Ausschreibung an 4 Fachfirmen gegeben habe. Aufgrund der Wabenbauweise der Kindertagesstätte müssen alle Möbel und Oberflächen maßangefertigt eingepasst werden. Hierfür seien ausführliche Schreinerarbeiten notwendig. Von den vier Fachfirmen habe lediglich eine Firma ein verwertbares Angebot abgegeben. Die drei anderen Firmen gaben keine Angebote ab: eine Firma ohne Nennung von Gründen und zwei Firmen mit der Begründung, nicht über die zeitliche Kapazität zu verfügen.

Gemeinderat Michael Seitz (CDU) hebt hervor, dass für die Räumlichkeiten der Kindertagesstätte, beispielsweise für die vorschulische Ausbildung, zum Basteln und zum Musizieren, ein adäquates Mobilar benötigt werde.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) bedauert, dass es keine Vergleichsangebote gegeben habe und zeigt sich zuversichtlich, dass der Neubau noch in diesem Jahr fertiggestellt wird.

Gemeinderat Frank Müller (FWV) regt an, bei einer beschränkten Ausschreibung zukünftig für einen Preisvergleich sicherzustellen, dass die betreffenden Firmen die Arbeiten zeitlich ausführen können.

Gemeinderat Heino Völker (FDP/KL) macht deutlich, dass es immer wieder ein Ärgernis sei, dass Angebote nicht in ausreichender Zahl eingehen. Hier gelte es zu überlegen, wie man eine verbesserte Vergleichbarkeit erzielen könne.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, den Auftrag für die Herstellung, Lieferung und maßangefertigte Einpassung der Möbel in der Kindertagesstätte „Villa Sonnenschein“ an die Firma Helmut Fath aus Hockenheim zu deren Angebotspreis in Höhe von 91.820,15 Euro inklusive Mehrwertsteuer zu vergeben. Auftragsgrundlage ist die VOB.

TOP 7: Beschaffung eines Winterdienstfahrzeuges für den Gemeindebauhof

Der Unimog des Bauhofs, der in der Vergangenheit die Hauptlast der Winterdiensttätigkeit erledigte, musste altersbedingt außer Betrieb genommen werden. Die Reparaturkosten und auch die laufenden Betriebsaufwendungen sind derart horrend, dass ein weiterer Betrieb des im November 1977 erstzugelassenen Fahrzeuges nicht mehr tragbar ist. Als Ersatz für den Unimog wurde ein Multicar der Firma Hako ausgewählt, das sowohl für den gemeindlichen Winterdiensteinsatz als auch für kleinere Transportarbeiten und Straßenbauarbeiten das ganze Jahr über eingesetzt werden kann. Neben einer Lademöglichkeit von rund 2,5 Tonnen verfügt das Multifunktionsfahrzeug über ein Hydrauliksystem mit den entsprechenden Anschlüssen für verschiedene Anbaugeräte. Zusätzlich sollen ein Schneepflug mit einer Räumbreite von bis zu 2 Metern für rund 5.400 Euro netto und ein Salzstreugerät für rund 18.400 Euro netto angeschafft werden. Die Ausstattung des Multicars setzt sich aus drei Komponenten zusammen: das Grundfahrzeug zum Grundpreis von rund 74.000 Euro, die Winterdienstausstattung und die Mehranbauteile. Die Firma Hako ist der Verwaltung bekannt, da sie früher in Ketsch vertreten war.

Bürgermeister Kappenstein berichtet, dass das neue Fahrzeug im Bauhof vorgestellt wurde und dass man sich von der Funktionalität und der hervorragenden multiblen Einsetzbarkeit überzeugen konnte. Wichtig sei gewesen, dass das Fahrzeug nicht zu groß ist, damit es auch durch enge Straßen fahren kann.

Gemeinderat Christian Jörger (CDU) unterstreicht, dass es sicherlich kein Luxus sei, den Unimog nach 34 Dienstjahren durch ein neues, zeitgemäßes und multifunktionales Fahrzeug zu ersetzen. Gerade in den vergangenen beiden Jahren habe es sich gezeigt, wie wichtig es sei, dass der Winterdienst schnell und zuverlässig umgesetzt werden kann. Der Bauhof müsse mit der erforderlichen Technik ausgestattet sein, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Von anderen Bauhöfen, die das Multicar bereits im Einsatz haben, gebe es durchweg positive Bewertungen.

Gemeinderat Tarek Badr (SPD) kommentiert, dass es auf der Hand liege, dass der Unimog nicht mehr dem heutigen Stand der Technik entspricht und allenfalls als Oldtimer und Liebhaber-Stück anzusehen sei. Verbrauch, Wartung und Einsatzsatzmöglichkeiten rechtfertigen hier die Anschaffung eines neuen, sparsamen Fahrzeugs, das die modernen Anforderungen erfüllt.

Gemeinderat Rudi Kurbiuhn (FWV) bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Lieferung alsbald erfolgt, damit das universal einsetzbare, moderne Fahrzeug rechtzeitig zum ersten Wintereinbruch zur Verfügung stehe.

Bürgermeister Kappenstein kündigt an, dass die Lieferzeit für das Multicar sicher nicht ausreichen werde. Der Gemeinde werde jedoch zur Überbrückung ein gebrauchtes Fahrzeug des gleichen Modells gestellt, so dass der gemeindliche Winterdienst reibungslos vonstatten gehen kann.

Auch Gemeinderat Dr. Dieter Feinauer (FDP/KL) signalisiert Zustimmung.

Einstimmig fasst das Ratsgremium folgenden Beschluss: Für den Bauhof wird ein Multicar M27 C der Firma Hako aus Schwieberdingen mit Winterdienstausstattung auf der Grundlage deren Angebotes zum Gesamtpreis in Höhe von 115.677,09 Euro inklusive Mehrwertsteuer gekauft.

TOP 8: Berichte des Bürgermeisters

- Bürgermeister Kappenstein gibt bekannt, dass das Kommunalrechtsamt des Rhein-Neckar-Kreises mit Schreiben vom 10. Oktober 2011 die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat beschlossenen Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragsplan für das Haushaltsjahr 2011 bestätigt habe.

- Bürgermeister Kappenstein informiert darüber, dass sich die Mitglieder des Schulverbandes Bildungszentrum Brühl-Ketsch zu einer Sitzung in Brühl getroffen haben. Hierbei sei das sanierte und zum Teil erweiterte Schulgebäude der Marion-Dönhoff-Realschule besichtigt worden. Von der

Ausführung der Arbeiten seien alle begeistert gewesen. Unter anderem seien Fenster, Außenwände und Schulräume erneuert worden, so dass sich das Gebäude nun wieder in einem sehr guten Zustand befinde. Die geschätzten Kosten haben sich, nach der Ausschreibung, von 4,2 Millionen Euro auf 3,7 Millionen Euro reduziert. Nach Abzug des Landeszuschusses in Höhe von 500.000 Euro werde die Sanierung der Schule letztendlich mit einer Summe von 3,2 Millionen Euro abschließen.

- Bürgermeister Kappenstein berichtet, dass eine Imagebroschüre über Ketsch erschienen sei. Hier werde die Gemeinde von ihrer schönsten Seite präsentiert. Parallel hierzu werde momentan eine, vorwiegend über Werbeanzeigen finanzierte Bürgerinformationsbroschüre erstellt, die Neubürgern entsprechende Informationen an die Hand geben soll.

TOP 9: Anfragen der Gemeinderäte

Die Anfragen der Gemeinderäte beziehen sich auf folgende Sachverhalte:

- Veröffentlichung eines Ansprechpartners der Ketscher Bürgerinitiative gegen das geplante Geothermiekraftwerk in Brühl
- Positive Reaktionen auf das Bürgermeister-Interview in der „Schwetzinger Zeitung“
- Angebot der Telekom für DSL-Anschlüsse in Ketsch Süd

TOP 10: Anfragen der Sitzungsbesucher

Aus den Reihen der Sitzungsbesucher werden zu folgenden Themen Anfragen gestellt:

- Übergabe einer Spende
- Schlechte Technik im Sitzungssaal